

AUTOR*INNENKOLLEKTIV

MEHR BEFREIUNG WAGEN

DIE LINKE AUF DIE HÖHE IHRER MÖGLICHKEITEN BRINGEN

Weltweit gehen Frauen und queere Menschen¹ auf die Straßen: Sie wehren sich gegen staatliche oder sexuelle Gewalt, streiken für bessere Arbeitsbedingungen, machen sich stark für selbstbestimmte Sexualität. Feministische Mobilisierungen sind das prägende Gesicht der erstarkenden Proteste gegen den neoliberalen Autoritarismus und seine Handlanger. In zahlreichen Ländern – ob in Chile, Polen, Spanien, Indien oder Sudan – bringen sie ganze Gesellschaften in Bewegung. Das Momentum ist ein feministisches, die darin liegende Chance unübersehbar. Wie kann die LINKE diese vielversprechenden Entwicklungen mit voranbringen, Teil der gebündelten Kräfte sein, gerade auch hierzulande?

Frauen² machen die Hälfte der Wähler*innen³ der LINKEN aus, aber nur knapp ein Viertel der Parteiaktiven. Der Frauenanteil der Mitglieder sinkt. Demgegenüber zeigen die Wahlergebnisse 2019, dass besonders Frauen und queere Menschen von Mitte-links-Parteien angesprochen werden.⁴ Bereits 2017 legte die LINKE bei der Bundestagswahl im Vergleich zu 2013 nur bei den Frauen zu. Im Osten Deutschlands wird sie häufiger von Frauen gewählt als von Männern. Das zeigte zuletzt die Wahl in Thüringen. Die Gründe dafür sind vielschichtig. Und trotzdem gibt es bisher keine Strategie, wie wir noch mehr Arbeiterinnen, Mütter, Freiberuflerinnen oder Migrantinnen für die LINKE und linke Politik gewinnen und nachhaltig in unsere politische Praxis einbeziehen können.⁵ Sind wir als linke Partei ernst zu nehmen, wenn wir zwar lautstark für den Frieden oder den Klimaschutz demonstrieren, aber nicht darauf achten, wer auf unseren Demonstrationen spricht und über wen gesprochen wird, wer schweigt oder wer gänzlich fehlt?

FEMINISMUS IST KEINE KOMPLIZIN

Die Proteste der vergangenen Jahre haben gezeigt: Linker Feminismus ist keine Komplizin neoliberaler *Diversity*-Konzepte, kein Lifestyle- oder Luxusthema. Wir wissen und erfahren täglich: Geschlecht strukturiert die Klassenverhältnisse und die gesellschaftliche Arbeitsteilung.⁶ Was heißt das? Dass Alleinerziehende (meist Mütter) besonders oft von Armut betroffen sind; dass Frauen im Schnitt nicht nur häufiger, sondern viel länger Elternzeit nehmen als Männer und danach meist in Teilzeit zurückkehren, was nicht nur weniger Lohn, sondern später oft auch niedrige Rentenansprüche bedeutet; dass illegalisierte oder einkommensarme Frauen sich schlechter gegen sexuelle Übergriffe wehren können als hochgebildete, wohlhabende oder einflussreiche Frauen;

dass viele «typisch weibliche» Berufe gering entlohnt werden und Verträge oft nur mit niedrigen Stundenzahlen vergeben werden; dass Transfrauen häufig besonders prekär arbeiten müssen – sofern sie überhaupt einen Job kriegen. All das zeigt, dass Geschlecht und Klasse verschränkt sind. Dass Mieter*innen mit ausländisch klingenden Namen auf dem Wohnungsmarkt schlechtere Karten haben oder auf Jobsuche in Bewerbungsverfahren häufiger diskriminiert werden, zeigt, wie auch Herkunft oder Hautfarbe die Klassenzugehörigkeit bestimmt.

Die LINKE ist daher gut beraten, die Bedürfnisse, Kämpfe, Träume und Alltagsorgen von für linke Politik offenen Frauen und queeren Menschen ernst zu nehmen und in eine politische Strategie zu übersetzen. Wenn sie das nicht tut, blendet sie erstens den Zusammenhang von herrschender Geschlechterordnung und ökonomischem System aus. Zweitens wird sie ihrem Anspruch, für die Befreiung von *a/-len* Herrschaftsverhältnissen einzustehen, nicht gerecht. Und drittens ignoriert sie das brachliegende Potenzial in Wählerschaft und Bewegung. Kurz gesagt: Die LINKE bleibt unter ihren Möglichkeiten. Daher muss gelten: Die LINKE ist feministisch oder sie kann und wird nicht sein. Die dafür notwendigen Veränderungen betreffen mehrere Ebenen: Struktur, politische Kultur und Programmatik der Partei.

STRUKTUREN VERÄNDERN

Mütter haben viel zu tun, Väter auch. Wenn sie sich über ihr Tagespensum hinaus politisch einmischen wollen, sind sie auf Unterstützung, klare Absprachen und verlässliche Zeiten angewiesen. Sitzungen dürfen nicht nur abends stattfinden, und Kinderbetreuung ist kein extra einzufordernder «Service», sondern muss selbstverständlich sein – auf allen Veranstaltungen der Partei, nicht nur auf Parteitag (und

selbst da haben manche Landesverbände Nachholbedarf). Abschreckend für viele Frauen und queere Menschen (auch Männer) ist die Konkurrenz um Mandate, Parteiposten und sonstige «Pfründe». Dies findet nicht nur medienwirksam in oder zwischen Fraktion und Parteivorstand statt, sondern spiegelt sich auch in den Landes- und Kreisverbänden wider. Wer ein Amt oder Mandat innehat, bleibt nicht selten daran kleben. So entstehen eingetretene Pfade, unhinterfragte Machtpositionen und lieb gewonnene Rituale. Einer linken Partei stünde es gut zu Gesicht, ihre Ämter und Mandate endlich auf maximal zehn Jahre zu begrenzen.⁷

Gleichzeitig sollen viele Frauen und queere Menschen⁸, kaum angekommen in der Partei, gleich für Ämter oder Mandate kandidieren. Das kann ermunternd sein, aber auch Überforderung bedeuten. Wir sollten uns mehr Zeit nehmen, die, die bei uns eintreten, besser auszubilden. Wer die Partei sowie linke Debatten und Theorien besser kennt, kann Ämter und Mandate meist auch besser ausführen. Der Missstand, dass weniger Frauen als Männer Ämter in der Partei innehaben, hängt unter anderem mit den tatsächlichen Entfaltungsmöglichkeiten von Frauen in der LINKEN zusammen. Statt alle Entscheidungen nur in den Vorständen zu treffen, sollten diese in offenere Arbeits- und Projektgruppen verlagert werden.

POLITISCHE KULTUR VERBESSERT, KULTUR DER ANERKENNUNG PRAKTIZIEREN

Wir Menschen definieren uns über Akzeptanz und Anerkennung durch andere. Der Wunsch nach einem solidarischen Umgang miteinander ist kein Anspruch einer vermeintlich privilegierten Mittelklasse, er ist Bedingung für jedes emanzipatorische Unterfangen. Was macht es uns schwer?

Nicht wenige Frauen und queere Menschen schildern hinter vorgehaltener Hand, sie trauten sich zuweilen nicht, andere zum Engagement in der LINKEN zu ermutigen – aus Sorge, diese tauchten dann tatsächlich auf einer Sitzung auf und wären sofort abgeschreckt. Wer hat schon Lust und Energie, sich nach einem langen Tag, an dem man sich mit dem Chef rumgeärgert hat oder das Kind besonders anstrengend war, noch in eine Sitzung einzubringen, in der stundenlang wiederholt, kommentiert, in Konkurrenz oder rein formalistisch debattiert wird? Kaum eine Frau oder eine queere Person, sicherlich auch viele Männer nicht.

Vierorts hinkt die gelebte Praxis – insbesondere an der Basis der Partei – unseren eigenen Festlegungen (wie doppelt quotierte Redelisten oder gemischt besetzte Gremien und Listenaufstellungen) hinterher. Aber es geht um mehr als das: In Fragen der Parteikultur müssen wir alle die Komfortzone verlassen, gewohntes Verhalten und Denken hinterfragen. Für die einen heißt das, sich in Zurückhaltung und Zuhören zu üben, für die anderen, über den eigenen Schatten zu springen und das Wort zu ergreifen. Wer häufig spricht und wer häufig schweigt, ist nicht allein eine Frage des Geschlechts. Diese Dynamiken entstehen auch entlang von Alter, Erfahrung und soziokultureller Prägung. Ein wertschätzendes Umfeld lässt gemeinsame Veränderung gedeihen. Bisher kommen solche Bemühungen eher mühsam voran. Sie werden als «Befindlichkeitskram» abgetan, die innerparteilichen Widerstände sind mancherorts groß.

Die LINKE muss zu einer Partei werden, in der alle Frauen und queeren Menschen sich willkommen fühlen, in der es keine sexistische Bevorzugung oder Bevormundung junger Frauen gibt, kein Unsichtbarmachen von queeren Menschen oder älteren Frauen. Eine Partei, in der sexistisches Verhalten

nicht toleriert wird und in der wir alle gemeinsam dafür Verantwortung übernehmen. Der begonnene Prozess, verbindliche Standards zum Umgang mit Sexismus zu entwickeln, ist so begrüßenswert wie überfällig.

Gleichberechtigung heißt nicht, dass Frauen und Queers wie Männer werden müssen, sondern dass sie sich dort einbringen und entfalten können, wo sie Lust haben – und zwar so viel sie können und wollen. So kann die LINKE zum Ausgangspunkt für gemeinsame Veränderung werden.

Wir laden alle Genossen ein, sich kritisch mit anderen Männern über ihre Vorstellungen von Solidarität, Männlichkeit, Geschlecht und Gewalt auszutauschen. Wir möchten euch bestärken, miteinander auch über eure Wünsche und Gefühle zu sprechen, euch mit Feminismus und sorgenden Praxen auseinanderzusetzen. Das sind Überlebensfragen, sowohl für uns als auch für unsere politische Organisation.

Unser Wunsch nach Verbesserung der politischen Kultur richtet sich aber nicht bloß in die Partei hinein. Ein bewusster Umgang mit Macht, Hierarchie und Konkurrenz zielt auch auf eine Wirkung nach außen. Will die LINKE für die progressiven Kräfte in der Gesellschaft ein attraktiver Ort sein, werden oder bleiben, muss sie sich auch mit der Politikform «Partei» selbstkritisch auseinandersetzen, konkret mit ihrer Rolle im parlamentarischen Betrieb und dessen Fallstricken. Die Partei ist sowohl Teil des vermachteten Staatsapparats als auch Teil breiter zivilgesellschaftlicher Bündnisse von unten. Diese Auseinandersetzung ist notwendige Voraussetzung für die Bewältigung der teils widersprüchlichen politischen Herausforderungen an eine linke Partei, die mehrere Logiken unter einen Hut kriegen muss: Macht ausüben, Macht kritisieren und Macht überwinden; eine Partei, die organisieren, verbinden, zum Selbsttun ermutigen und sich kümmern will. Wir müssen lernen, uns dieser Widersprüche bewusst zu werden und sie produktiv zur Veränderung zu nutzen. Lasst uns Orte schaffen, an denen wir uns mit Machtstrukturen, politischer Kultur und damit verbundenen Herausforderungen befassen, statt alle Treffen der Organisation von Wahlkämpfen oder Aktionismus unterzuordnen.

PROGRAMMATISCHE AUSRICHTUNG NEU JUSTIEREN

Die Forderungen nach «radikaler Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich»⁹ und einem «Neuen Normalarbeitsverhältnis» gehen in die richtige Richtung. Aber die dazugehörige Debatte ist noch nicht in der Breite der Partei angekommen. Das derzeitige Programm orientiert sich noch immer eher am männlichen Vollzeitbeschäftigten, obwohl prekäre, flexible oder Teilzeitarbeitsverhältnisse längst für die Mehrheit der Frauen und queeren Menschen die Realität darstellen: entweder weil sie der Mehrfachanforderung durch Erwerb, Haushalt und Kinder oder betreuungs- bzw. pflegebedürftige Angehörige gerecht werden – oder weil für sie auf dem Arbeitsmarkt nur einer der vielen prekären Teilzeitjobs vorgeesehen ist. Erzwungene Teilzeit ist oft ein Geldproblem, während freiwillige Teilzeit nicht selten belächelt wird.

Eine nur von der Erwerbsarbeit her gedachte Ökonomie sitzt dem Märchen von der «Vereinbarkeit» auf. So wichtig kinderfreundliche Arbeitsbedingungen oder die Eindämmung ausufernder beruflicher Anforderungen sind, so sehr hat die Debatte um Vereinbarkeit von Familie und Beruf doch einen blinden Fleck: Sie reproduziert die Zweiteilung von Beruf und Familie, von politisch und privat, von Arbeit und Leben. Dabei sind Produktion und Reproduktion – besser: Pro-

duktion des Lebens – aufs Engste miteinander verbunden. Anstatt in getrennten Sphären zu denken und statt Familie ums Goldene Kalb des Erwerbs herum zu organisieren, sollten wir die fürsorgenden, Leben produzierenden und erhaltenden Arbeiten als Grundlage für alle produktiven und kreativen Tätigkeiten einer Gesellschaft begreifen. Erwerbs- und Reproduktionsarbeit müssen nicht «vereinbart», sondern beide müssen verändert und umverteilt werden.¹⁰

WAS BRAUCHEN WIR, UM GLÜCKLICH UND SOLIDARISCH ZU LEBEN?

Feministische Ökonomie ist Versorgungsökonomie. Das heißt, sie setzt die Qualität sozialer Beziehungen ins Zentrum ihrer Betrachtungen: Kinder großziehen, Alte und Kranke pflegen, Zeit für Freund*innen und Familie haben, für ein tröstendes Wort, für individuelle Kreativität und gesellschaftliches Engagement, für Anerkennung, Muße, Spiel und Studium, für Begehren, für Sex. Hier liegt der Ausgangspunkt jeglicher Bedürfnisanalyse: Was brauchen wir, um glücklich und solidarisch zu leben? Dann lässt sich auch präziser die Frage stellen, worauf wir in Zukunft getrost verzichten, an welchen Stellen wir unsere Produktions-, Konsum- und Lebensweise verändern können und müssen. Feministische Ökonomie ist durch den Fokus und die Konsequenzen ihrer Analyse notwendig eine nachhaltige Ökonomie. Überspitzt gesagt: Kuscheln hat eine weitaus bessere CO₂-Bilanz als Kaufen und ist in jeder Hinsicht nachhaltiger.

Die Zeit für gute Beziehungen und ein selbstbestimmtes Leben muss dem Kapital abgetrotzt werden, deswegen sind die Kämpfe der Arbeiter*innen in der Erwerbswelt so wichtig. Höchste Zeit, sie in ein größeres Projekt einzubetten: in das Streben nach einer Gesellschaft, in der die «Arbeit am Menschen» und kreative Tätigkeiten genauso im Mittelpunkt stehen wie die Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Eine Gesellschaft, deren Ökonomie sich an den gemeinsam ermittelten Bedürfnissen orientiert, nicht an Wachstum und Profit. Eine Gesellschaft, in der Kinder, Alte und Kranke nicht wegorganisiert werden müssen. Eine Gesellschaft, in der alle an politischen Entscheidungen beteiligt sind. Eine Gesellschaft, die neue Ideen von Reichtum und Wohlstand entwickelt, denn die Klimakrise erfordert sehr schnelle und sehr fundamentale Veränderungen.

Eine solche Erzählung ist kein Wolkenkuckucksheim, wenn sie sich in konkreten Forderungen bündelt: Warum schenken wir beispielsweise der prekären Situation der Hebammen nicht mehr politische Aufmerksamkeit? Über ihre teils unzumutbaren Arbeitsbedingungen und finanziellen Belastungen ließe sich direkt an alltagsnahe Themen anknüpfen, die große Teile der Bevölkerung betreffen und umtreiben: Familiengründung, Schwangerschaft, schließungsbedrohte Geburtensstationen, Gesundheitsversorgung in ländlichen Räumen, sichere, selbstbestimmte und gewaltfreie Entbindung, Versorgung in den ersten Wochen, Finanzen und Arbeitsteilung in der Elternzeit, Rollenerwartungen an Väter und Mütter, queere und Wahlelternschaft, Rechte von Patchwork- und Regenbogenfamilien.

Und wie wäre es, das Wahlprogramm der LINKEN mal nicht mit den üblichen Kapiteln «Arbeit» und «Soziales» zu beginnen? Sondern mit einer positiven Erzählung darüber, wie alles ganz anders wäre, wie das Morgen aussehen könnte, wie eine Gesellschaft der Zukunft sich gestalten ließe. Wenn wir all die uneingelösten Versprechen, die unterdrückten Sehnsüchte, die kreativen Potenziale aufgriffen und aus-

buchstabierten? Statt von der Erwerbsarbeit ausgehend zu überlegen, wie diese zum Leben passt, schlagen wir vor, von der Frage auszugehen, wie wir leben wollen, und daraus abzuleiten, wie wir folglich produzieren und arbeiten müssen und welche Arbeiten wir brauchen.

EPILOG: BEFREIUNG GEHT UNS ALLE AN

Frauen und Queers sind nicht die besseren Menschen. Aber sie haben besonders viele Gründe dafür, dass es anders, dass es besser wird. Auch Männer leiden unter Kapitalismus und Patriarchat. Unser Strategievorschlag richtet sich an alle: Männer wie Frauen, und an alle, die sich diesem binären Schema nicht zuordnen wollen oder können. An alle, die unsere Gesellschaft grundlegend umkrempeln, den reaktionären Avancen des Neoliberalismus und der radikalen Rechten etwas Attraktives entgegensetzen und die LINKE darin auf einem guten Weg sehen wollen. Feminismus ist kein «Frauengedöns». Befreiung geht uns alle an. Die Sorge darum, wie diese Partei zum Anziehungspunkt für die Vielen wird, die unter den jetzigen Verhältnissen unzufrieden sind, erfordert radikale Antworten – in der Theorie und vor allem in der Praxis. Es geht hier um den Wesenskern einer zukunftsfähigen, linken Politik. Kopfnicken reicht nicht.

Autor*innenkollektiv: Alex Wischniewski, Alexandra Grimm, Alexandra Mehdi, Anne Steckner, Annegret Gabelin, Annette Frölich, Barbara Fried, Bettina Gutperl, Brigitta Meyer, Cornelia Swillus-Knöchel, Daniela Mehler-Würzbach, Daphne Weber, Gabi Lenkenhoff, Heide Hepach, Heidi Scharf, Hildegard Heinemann, Inge Höger, Kerstin Wolter, Lisa Neher, Nina Eumann, Regina Jürgens, Sabine Skubsch, Sybille Stamm

Das Autor*innenkollektiv besteht aus Frauen* der LINKEN, die sich durch ihr feministisches Eingreifen inner- und außerhalb der Partei kennengelernt haben. Ihre Erfahrungen haben sie dazu bewogen, diesen Text zu schreiben und sich damit in die laufende Strategiedebatte der Partei einzumischen.

¹ Hier Sammelbezeichnung für alle Personen, die in das FLINT-Spektrum fallen – also Frauen, Lesben, Inter-, Nichtbinäre und Trans-Personen. ² Wir schreiben zum Beispiel an dieser Stelle «Frauen», weil in der Statistik nur Cis-Frauen erfasst werden. Seit Ende 2018 gibt es in Deutschland die Möglichkeit, in offiziellen Dokumenten beim Geschlecht jenseits von «männlich» oder «weiblich» eine dritte Option anzugeben, nämlich «divers». «Cis» meint Frauen, die sich mit dem bei ihrer Geburt zugewiesenen biologischem Geschlecht identifizieren und wohlfühlen. ³ Wir verwenden in manchen Wörtern ein Sternchen, um darauf hinzuweisen, dass damit ein Spektrum vielfältiger Geschlechtsidentitäten, Lebensweisen, Körperlichkeiten und Selbstverortungen gemeint sein kann. ⁴ Gemäß der Studie von Dorothee de Nève u. a. gewann die LINKE bei der Bundestagswahl 2017 zum Beispiel unter Transfrauen 40 Prozent der Stimmen, vgl. Nève, Dorothee de/Ferch, Niklas/Hunklinger, Michael/Olteanu, Tina: LGBTIQ*-Wahlstudie 2017 zur Bundestagswahl in Deutschland und zur Nationalratswahl in Österreich, in: *Femina Politica* 1/2018, S. 151. ⁵ Wolter, Kerstin/Wischniewski, Alex: Dem «kleinen Mann» ist mehr zumutbar, in: *neues deutschland*, 26.11.2019. ⁶ Fried, Barbara: «Feminism is for everyone» – Perspektiven einer feministischen Klassenpolitik, in: *Luxemburg Online-Sonderausgabe* 2017, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/feminism-is-for-everyone-perspektiven-einer-feministischen-klassenpolitik/. ⁷ Zehn Jahre bietet sich an, weil die Legislaturen auf Landes- und Europaebene fünf Jahre betragen. Zehn Jahre wären dann also zwei Legislaturen. Die einfache Begrenzung auf zwei Legislaturen würde den Realitäten auf Kreis- und Landesebene insofern zuwiderlaufen, als Ehrenämter häufig nicht alle vier Jahre komplett neu besetzt werden können. ⁸ Junge Männer machen diese Erfahrung übrigens auch. ⁹ Riexinger, Bernd/Gösta, Lorenz: Das Klima, nicht den Kapitalismus retten, Internetauftritt der Partei DIE LINKE, 28.6.2019, unter: <https://bit.ly/2THA6ER>. ¹⁰ Steckner, Anne: Liebe, Ex und Zärtlichkeit. Familie von links erobern, in: *Luxemburg* 2/2018.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE 1/2020 erscheint online und wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung V. i. S. d. P.: Ulrike Hempel
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3171
Redaktionsschluss: Januar 2020
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation